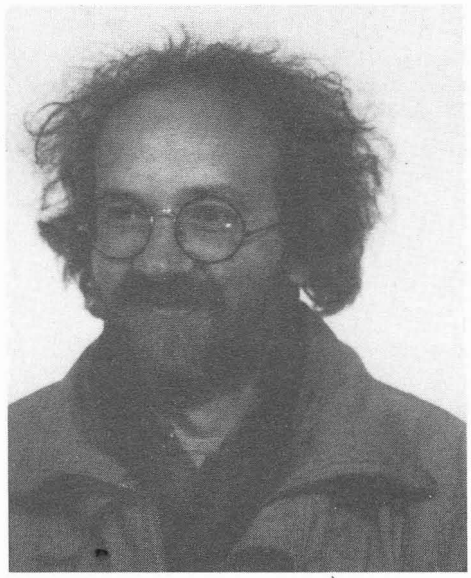

Volker SCHÖNWIESE
Achselkopfweg 1,
6020 Innsbruck
Tel.: 0512/88 534
Tel.: (Uni Innsbruck) 507/Dw. 3545

geb. 1948
behindert durch chronischen Gelenksrheumatismus seit dem 10. Lebensjahr. Matura als Externist 1968, dann Studium der Pädagogik und Psychologie. Dazwischen und auch vorher zahlreiche Krankenhausaufenthalte (insgesamt 4 Jahre).
Ich bin teilweise auf Persönliche Assistenz sowie auf den Rollstuhl und eine behindertengerechte Wohnung angewiesen. Seit 1983 arbeite ich als Universitätsassistent am Institut für Erziehungswissenschaften in Innsbruck. Ich bin langjähriges, aktives Mitglied der Behinderten und Krüppelbewegung, war beteiligt am Aufbau des MOHI Innsbruck und der Initiative für schulische Integration behinderter Kinder.

Volker Schönwiese

BEHINDERTENPOLITIK IN ÖSTERREICH

Ich möchte versuchen, in ein paar wenigen Punkten die Schwierigkeiten darzustellen, die es dabei gibt, so etwas wie einen autonomen Standpunkt bei dem Problem Pflegesicherung zu entwickeln. Es geht um die Frage, welchen Standpunkt wir Behinderte in dieser „realpolitischen Landschaft" einnehmen sollen, um in der Behindertenpolitik Änderungen in unserem Sinne zu erreichen. Die Ursachen, warum es eigentlich nur eine so kleine Behindertenbewegung in Österreich gibt, und die Kolleginnen und Kollegen, die von Hospitalismus bedroht sind oder darunter gelitten haben oder leiden, sich so wenig solidarisieren, liegt genau im System, das die Theresia Haidlmayr heute schon beschrieben hat. Faktum ist, daß wir eigentlich eine sehr kleine Gruppe sind, die um Änderungen kämpft. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Behindertenpolitik durch eine große Anzahl kleiner und großer Verbände geprägt worden, die Behinderte auch in einer bestimmten Weise verwaltet haben als Interessensverbände – ich nenne da einmal als Beispiele mit Vorsicht den Kriegsopferverband und den Zivilinvalidenverband – anders verwaltet zwar als Heime und Sondereinrichtungen, die aber nach innen irgendwie karitativ gewirkt haben und nach außen hin eine Politik der Angepaßtheit verfolgt haben.[1] D.h. sie haben versucht, Funktionäre zu finden, die geschickt sind im Verhandeln mit Politikern, die zu einem großen Teil mit diesen politischen Vertretern am Biertisch oder beim Heurigen oder wo anders sehr stark koaliert haben. Ich kenne die politischen Inszenierungen, die daraus folgen z.B. von den Weltinvalidentagen, die Festversammlungen der Lebenshilfe gleichen (mit Musik und eingeladenem Bundespräsidenten), wo nichts wirklich gefordert wird, sondern nur geehrt und gewürdigt.

Diese Politik hat eigentlich seit dem Zweiten Weltkrieg die Interessensformulierung der Behinderten über ihre Funktionäre geprägt, die Forderungen waren

minimal und auch die sind nicht erreicht worden, würde ich einmal sagen. Das einzige, das erreicht worden ist, ist im Rahmen der Sozialversicherungen (z.B. Unfallversicherung) erreicht worden, wobei aber auch hier der Pflegebereich eine völlig untergeordnete Rolle gespielt hat. Zu beachten dabei ist, daß bei Verbesserungen vielfach die Politiker alte Menschen im Auge hatten, weil sie die Parteien ja auch wählen sollen – ohne daß dabei wirklich die Qualität der Hilfen auch für alte pflegebedürftige Menschen in Frage gestellt worden ist. Nie sind behinderte Menschen sozialpolitisch besonders im Vordergrund gestanden; wenn man „für sie" d.h. mit ihnen etwas machen hätte wollen, hätte das alles ganz anders ausschauen müssen. Das gilt auch für alle Maßnahmen im Rahmen der Landesgesetze.

Historische Entwicklung der Interessenvertretung behinderter Menschen

Ich kann nur feststellen, daß die Interessenvertretung der Behinderten seit dem Zweiten Weltkrieg bemerkenswert gering gewesen ist. Erst mit den Gruppen, die Ende der 70er entstanden sind nach dem Vorbild des Volkshochschulkurs „Bewältigung der Umwelt" von Ernst KLEE und Gusti STEINER, hat sich einiges geändert. Dieser Kurs war Auslöser – ohne absolutes Vorbild für alles zu sein –, daß sich auch in Österreich entsprechende Kleinstgruppen gebildet haben, die erstmals versucht haben, so etwas wie einen autonomen Standpunkt zu entwikkeln, und die sich erstmals direkter Aktionen bedient haben, um ihre Forderungen durchzusetzen. Da war zuerst das Problem „Abflachen der Gehsteige" im Vordergrund, ein „lächerliches Detail", das nicht so lächerlich ist. Man kann anhand des Beispieles des Kampfes zur Abflachung der Gehsteige erkennen, daß es Versuche gegeben hat, in politische Strukturen einzudringen und direkt zu handeln. Mir ist es sehr gut in Erinnerung, wie wir in Innsbruck zwei Jahre darum gekämpft haben – das war ganz am Anfang – überhaupt einen Termin mit dem Bürgermeister zu bekommen, um überhaupt einmal Fotos vorlegen zu dürfen, wie in München die Gehsteige ausschauen. In diesem zweijährigen Kampf, um die Chance zu bekommen, überhaupt einmal mit dem Bürgermeister reden zu dürfen, hat eine große politische Entwicklung auch in unserer Gruppe stattgefunden. Am Anfang waren wir wirklich noch auf der Ebene: Wir müssen beantragen, wir müssen reden, wir müssen brav sein. Erreicht haben wir dann unseren Termin nur dadurch, daß einen ganzen Tag jede Stunde ein anderes Gruppenmitglied im Bürgermeistersekretariat angerufen hat und bei dieser Aktion dann schließlich das Sekretariat so durchgedreht hat, daß wir für eine Woche später mit dem Bürgermeister einen Termin gekriegt haben. Das waren so die ersten Erfahrungen von autonomem politischen Handeln, wobei erkennbar war, daß uns solche Aktionen nicht auf den Kopf fallen, sondern daß man dann autonomer und stärker handelt, wenn man aus der Bittstellerrolle herauskommt. Ein Höhepunkt war sicher auch dieses komische Jahr der Behinderten, wo wir dann – es sitzen ein paar Beteiligte da, die damals mitgemacht haben – die Eröffnung des Jahrs der Behinderten durch einen Festakt in der Hofburg mit 20 Rollstühlen blockiert haben . Die ganze Regierung hat warten müssen und es war ein erstes Signal, daß wir uns nicht alles gefallen lassen. Interessant ist – ich erzähle das jetzt auch deswegen, weil wir damals meiner Meinung nach das erste Mal auch mit der „großen Politik" in Verbindung gekommen sind –, daß der Minister Dallinger uns dann zu einem Gespräch eingeladen hat. Er ist dann zu unserem überregionalem

Treffen nach Ampfelwang nach Oberösterreich hingefahren, zusammen mit seinem Sektionschef Ernst, der jetzt noch immer Sektionschef ist. Wir haben damals dem Sozialminister eine ganz lange Liste von Forderungen vorgelegt, die in dem Buch „Behindertenalltag" abgedruckt ist – 1982 ist das Buch herausgekommen.(2) 1981 war das Gespräch mit Dallinger. Wenn ich jetzt wieder lese, was in dem Forderungskatalog drinnen steht, wird mir ganz komisch, weil hier zum ganz großen Teil die gleichen Forderungen stehn, wie wir sie jetzt erheben, und wenn ich das betrachte, wird mir komisch, daß wir nichts erreicht haben. Andererseits haben wir in einer anderen Weise doch wieder sehr viel erreicht, weil diese Forderungen halt im kleinen Rahmen doch größere Bedeutung erlangt haben, durch eine kleine, aber doch größer gewordene Gruppe, oder wie auch immer ich das sagen soll. Ich bin einerseits recht resigniert, wie das weitergeht, andererseits doch voller Hoffnung, daß gewisse Dinge zu erreichen sind. Das mit dem Dallinger war und ist deshalb für mich so beeindruckend, weil mir jetzt vorkommt, daß wir heute in einer ähnlichen Situation sind, wo wir mit der Regierung in Kontakt sind indem wir an Verhandlungen im Sozialministerium teilnehmen und uns auch sehr beteiligt fühlen. Aber es ist die Frage, was wirklich dabei herauskommt. Damals mit dem Dallinger ist nichts herausgekommen. Er hat zu jedem einzelnen Punkt – und es waren sehr viele Fragen – immer wieder gesagt: „Ich bin nicht kompetent, da müssen sie sich an xyz wenden... Gut, ich kann vielleicht beim Ministerkollegen soundso intervenieren, aber ich bin da nicht kompetent". Das war eigentlich sehr erschreckend. Es hat vorher eine Diskussion unter uns gegeben, ob wir überhaupt mit dem Minister reden sollen, wobei ich schon gemeint habe, daß man es tun soll. Es war eine wichtige Erfahrung. Aber jetzt sind wir wieder in einer Situation, wo wir uns vieles fragen müssen. Wir sind in eine ministerielle Gesprächsrunde einbezogen, aber hint' und vorn' wird alles verzögert und wieder in Kompetenzen zersplittert. Also ich versuche jetzt ein Stück im Detail zu zeigen, wie sehr wir in alle Richtungen kämpfen müssen, um nicht vereinnahmt und ausgegrenzt zu werden.

Arbeitskreis Pflegeversicherung

Der jetzige Arbeitskreis im Sozialministerium ist dadurch entstanden, daß der Zivilinvalidenverband 60.000 Unterschriften gesammelt hat für eine Pflegeversicherung, wobei das beim Zivilinvalidenverband auch ein bestimmtes Eigenleben gewonnen hat, weil der immer diese herkömmliche Politik gemacht und nun erstmals eine so große Unterschriftenaktion gestartet hat. Bei dieser Unterschriftenaktion sind die Forderungen nach mehr Geld für Vereine, Fahrtenermäßigungen bei öffentlichen Verkehrsmitteln und drittens mehr Pflegegeld im Vordergrund gestanden. Es haben Bischof Groer an der Spitze und von der politischen Seite vor allem ÖVP-Funktionäre unterschrieben, insgesamt 60.000 Unterschriften und das war sehr viel. Die ganze Aktion hat dann aber ein Eigenleben entwickelt. Die Forderungen vom Zivilinvalidenverband können allgemeinpolitisch nicht so sehr provokant gemeint gewesen sein, unterstelle ich einmal, weil sie nur der Abgeordneten Partik-Pablé von der FPÖ überreicht wurden, die sie dann eher liegen hat lassen. Die Forderungen sind aber damit im Parlament gewesen und wurden vom Manfred Srb aufgegriffen, ergänzt mit Forderungen der Mobilen Hilfsdienste. Dieser Vorgang zeigt ein Stück einer neuen Qualität, die wir Betroffene bei politischen Aktionen dadurch haben, daß der Manfred im Parlament sitzt. Diese 60.000 Unterschriften waren und sind so eine Art

Faustpfand. Im Parlament ist der gesamte Problemkreis sehr schnell in einen Unterausschuß des Sozialausschusses abgeschoben worden, also zwei Stufen runter. Es gab offensichtlich kalkulierte Fristversäumnisse, es konnte gerade noch erreicht werden, daß das ganze Forderungspaket überhaupt noch behandelt wurde. Der Manfred hat mich gebeten, als Experte mit in diesen Unterausschuß hineinzugehen, der wieder die letzte mögliche Sitzung vor Fristschluß hatte. Und diese Erfahrung zieht sich jetzt durch bis in die Verhandlungen im Sozialministerium, daß nämlich diese Verfahrensfragen sehr oft über die Inhaltsfragen dominieren. Es ist oft ungeheuer schwer, in diesem Dickicht überhaupt zu bestehen. Dort im Parlament war es total an der Grenze der Frist, so daß es dann nicht mehr auf höherer Ebene diskutiert worden wäre. Eigentlich nur durch den vehementen Einsatz vom Manfred und von mir im Unterausschuß, indem wir einfach in den Ausschuß hineingeredet und die Parlamentarier zum Debattieren gezwungen haben und auch daß wir einzelne Parlamentarier außerhalb angesprochen haben, ist es zu verdanken, daß dann tatsächlich ein Arbeitsausschuß zur „Pflegevorsorge" im Sozialministerium eingerichtet worden ist. Dem Ausschuß im Sozialministerium ist dann die Grundsatzforderung der Behinderten vorgelegt worden, auf die sich alle Behindertenvereinigungen – mühsam im Rahmen der ARGE Rehabilitation intern erkämpft – geeinigt hatten, nämlich ein Pflegegeldsystem für alle behinderten und pflegebedürftigen Personen einzuführen, wie es die Kriegsopfer schon haben. Die Forderung schloß auch die Änderung der Pflegestrukturen mit ein.

Nun zur Realsituation: Es gibt jetzt diese politische Initiative und ich möchte kurz beschreiben, wie wir von allen Seiten unterstützt und gleichzeitig vereinnahmt und ausgegrenzt werden. Es gibt den Standpunkt der ÖVP, die davon ausgeht, daß im Sozialbereich gespart werden soll, daß Sozialleistungen eher abgebaut werden sollen, daß die ehrenamtliche Arbeit und die unbezahlte Arbeit der Frau in der Familie unterstützt werden soll. Unsere Forderung nach mehr Autonomie wird insofern von der ÖVP benutzt, daß sie sagt, man kann sich die Sorge um die Finanzierung der Einrichtungen, die wir kritisieren, ersparen. Insofern stehen sie hinter uns und betrügt uns gleichzeitig. Die SPÖ hat starkes Interesse, daß behinderte Menschen kein Geld auf die Hand bekommen, sondern daß alles in bestimmte Strukturen von flächendeckender Organisation, sprich Heimhilfen und Heime, hineingesteckt wird, daß dort eine hohe soziale Organisationsleistung gemacht wird. Das ist etwas, was wir wollen, daß es flächendeckende Dienste gibt und insofern nehmen sie unsere Forderungen auf, daß man nicht nur an einzelnen Punkten ansetzt, sondern auch flächendeckende Hilfsangebote anbietet. Gleichzeitig karikiert sie diese Forderungen in dem Sinne, daß mehr Kontrolle herauskommt und mehr von dem, was man Sachleistungen nennt, und nicht autonomes Leben. Die FPÖ macht wie üblich eine Mischung von allem, die Abgeordnete zum Nationalrat Partik-Pablé benutzt es sehr geschickt, daß sie ein behindertes Kind hat, um sich öffentlich darstellen zu können; de facto haben wir an ihr überhaupt nichts. Die Interessensvertretungen sind schwer einzuschätzen: es gibt eine einzige klare Stellungnahme von der Arbeiterkammer, die stark auf Sachleistungen hin argumentiert, daß man Heimhilfen macht, daß man flächendeckend bestimmte Dienste anbietet und die extrem dagegen ist, Behinderten und Pflegebedürftigen Geld auf die Hand zu geben, damit sie sich selbst damit Hilfe organisieren können. Unter uns Behinderten gibt es auch ein bestimmtes Problem, daß ein Teil von uns selbst sagt: Wir wollen nur Geld auf die Hand und alles

andere soll der freie Markt regeln. Über das haben wir schon ziemlich gestritten, und ich gehöre zu denen, die denken, es braucht neben dem Pflegegeld strenge Standards für Pflegeeinrichtungen – ambulant oder stationär – und Grundfinanzierungen für diese Pflegestrukturen, also einen kontrollierten Markt.

„Neue Wege der Sozialpolitik"

Jetzt noch einmal, um einen anderen Faktor darzustellen, der sehr wichtig ist. Die Länder – nachdem bei uns die meiste Behindertenkompetenz in den Ländern angesiedelt ist – haben diese Broschüre herausgegeben: „Neue Wege der Sozialpolitik", wobei sie neue Wege verstehen als Dezentralisierung der Leistungen bei Einsparungen durch Unterstützung der Ehrenamtlichkeit. Und jetzt ein Beispiel, auf das sich Politiker immer wieder berufen und wo der Manfred Srb ganz berechtigt gesagt hat: „Nichts Neues im Wilden Westen". Es ist ja angekündigt worden, daß es in Vorarlberg bis zu öS 15.000,- Pflegegeld geben wird, aber durch entsprechende Regelungen ist abzusehen, daß dann letzten Endes für die Behinderten genausoviel und wenig herausschaut wie jetzt, obwohl alles sehr werbewirksam als absolute Neuigkeit verkauft wird. Die Vorarlberger sind sehr geschickt im werbewirksamen Verkaufen von Nichtsozialleistungen. Dazu noch ein Beispiel: Die Hauskrankenpflege ist seit 30 Jahren in einem privaten Verein organisiert. Es gibt ungefähr 30.000 Mitglieder in Vorarlberg, die Mitgliedsbeiträge zahlen und diese Vereine stellen Hauskrankenschwestern an, die zu einem Teil geistliche Schwestern sind. Das Land Vorarlberg unterstützt diese Vereine in geringem Maße finanziell. Das ist ein typisches Beispiel absoluter Reprivatisierung von sozialen Leistungen durch Unterlaufung des Sozialversicherungssystems und man muß beachten, daß die ÖVP durch solche Vorstellungen sehr stark geleitet ist und die Länder auch sehr fasziniert sind von solchen Modellen. Im Burgenland ist es nur ein bißchen anders: dort ist das Land sehr stolz, daß es eine bezahlte Nachbarschaftshilfe hat, daß die Nachbarn für Hilfeleistungen öS 20,- bis 30,- Unkostenbeitrag erhalten, was dem Land erspart, größere Lösungen anzubieten. Das ist nicht mehr als eine Nachbarschaftshilfe mit einem winzigen Anerkennungsbeitrag.

Die Länder machen hier eine klare Politik: Sie wollen keinesfalls haben, daß der Bund ein Bundesgesetz macht, das sie völlig überrollt. Die Interessen der Länder an einer bundesweiten Regelung – soweit sie vorhanden sind – liegen darin, über einen Finanzausgleich Gelder vom Bund zu bekommen, ohne Kompetenzen zu verlieren. Das ist das einzige und wirkliche Interesse, das die Ländern haben. Um uns geht es eigentlich kaum einmal, es geht um verschiedenste Organisationen und Gebietskörperschaften, die jeweils schauen, daß sie mit ihren Budgets irgendwie überleben können, so wie die Gemeinden sich die „Sozialfälle" gegenseitig zuschieben, weil halt dann die andere Gemeinde zahlen muß und nicht die Gemeinde selber, so geht es auch zwischen Bund und Ländern zu.

Eine schrittweise Vorgehensweise ist anzustreben...

In dem Arbeitsausschuß im Sozialministerium sind wir – glaube ich – in den Dilemma, daß wir diesen verschiedenen Interessensgruppen nur unser eigenes Engagement entgegensetzen können sowie eine bestimmte Zähigkeit – das ist ganz schön schwierig. Vor allem wissen wir nicht, wie lange wir da sitzen werden und worauf das hinauslaufen kann. Einen kleinen Vorgeschmack haben wir

bekommen, wie jetzt der erste Zwischenbericht des Bundesministers an das Parlament fertiggestellt worden ist, aus dem ich jetzt ein paar Punkte zitieren möchte, um den Charakter der Ergebnisse des Arbeitskreises, in dem ich mitgewirkt habe, zu zeigen: *„Die Institution von Pflegeheimen wird auch weiterhin notwendig sein, doch sollen große Heime durch kleine stationäre Einrichtungen ersetzt werden, auch die Schaffung von Wohngemeinschaften ist stärker zu fördern."* Es wird hier für den Arbeitskreis, der „Alternative zu Heimen" heißt, als erster Satz gesagt, daß *„die Institution von Pflegeheimen ... auch weiterhin notwendig sein"* wird. Also die Alternative für das Heim soll wieder ein Heim sein. Weiter vorne steht: *„Voraussetzung für das Verbleiben in der eigenen Wohnung ist neben einem qualifizierten Angebot von sozialmedizinischen Diensten auch, daß die Wohnung einen entsprechenden Standard aufweist. Es wird deshalb vom Ausschuß als erforderlich angesehen, neben den angeführten Diensten auch Unterstützung bei der Wohnungssanierung anzubieten. Ist der Verbleib in der eigenen Wohnung trotzdem nicht mehr möglich oder von Pflegebedürftigen nicht mehr erwünscht, sollte vor einer Heimeinweisung vor allem die Unterbringung in einer Wohngemeinschaft angestrebt werden. Heime sollten nach Ansicht des Ausschusses höchstens 50 - 100 Plätze aufweisen. Bei der Planung von Heimen muß sowohl bei der Festlegung des Standortes als auch auf ihre Kapazität Rücksicht genommen werden, daß den Pflegebedürftigen die Kontaktnahme mit ihrer früheren Umwelt möglichst bewahrt bleibt."* Also bei Heimen mit 100 Insassen ist es wirklich keine Frage, was da bewahrt bleibt, nämlich der Pflegenotstand und die Menschenrechtsverletzungen. Jetzt ist uns im Ministerium gesagt worden, ok., das ist alles ein Zwischenbericht des Ministers und im Endbericht können wir unseren Standpunkt schon noch einbringen; aber das ist ein Beispiel, wie diffizil wir immer schauen müssen, was steht denn da eigentlich letzten Endes. Wir reden über ein Jahr mühsam, dann werden aber andere Formulierungen übernommen, wo man sich sehr schwer dagegen wehren kann.

Dann ein anderer Punkt, der hier steht: *„Die diskutierte Zahlung eines Pflegegeldes soll dazu beitragen, daß die Pflegebedürftigen die notwendige Wartung und Hilfe in häuslicher Behandlung erhalten können. Die Höhe des Pflegegeldes soll in Stufen geregelt werden, wobei die Schwere des Leidenszustandes und Umfang und Qualität der notwendigen Wartung und Hilfe berücksichtigt werden sollen. Das Pflegegeld soll bedarfsorientiert in pauschalierten Stufen und möglichst einheitlich für alle Pflegebedürftigen im gesamten Bundesgebiet bemessen werden."* Jetzt sind hier die schon genannten Formulierungen, Hilfe und Wartung, Leidenszustand, alles sehr problematische Begriffe, die niemand von uns gerne hört, geschweige denn verwendet. Was auch hier steht: diese pauschalierten Stufen. So sehr es auch unsere Forderung ist, daß es diese gibt, daß es dann nach oben eine Grenze gibt, wird auch signalisiert. Es gibt eine höchste Stufe, die heißt dann irgendwie öS 20.000,- und darüber gibt es nichts, obwohl für Heime wesentlich mehr ausgegeben wird, trotz miserabler Pflege. Also auch hier lese ich wieder heraus – das ist auch das Problem der Arbeitskreise – es geht auch hier um die Begrenzung der Kosten. Zur Vorgehensweise steht hier etwas noch etwas Interessantes, auf das man eigentlich nur mehr zynisch reagieren kann: *„Eine schrittweise Vorgehensweise ist anzustreben, wenn rasche Verbesserung der Pflegevorsorge erreicht werden soll."* Das ist schon ein Widerspruch in sich. Heißt das „Schrittweise" nicht einfach „nichts" ? Und weiters: *„Es ist zu beachten, daß die vorgeschlagenen Lösungsmodelle auf gewachsenen Strukturen aufbauen und nicht bei einer Stunde Null*

ansetzen sollen." Die gewachsenen Strukturen sind die jetzigen Heimstrukturen und der Versuch, von diesen Heimstrukturen aus, ambulante Zusatzdienste zu errichten und zu sagen, die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen, wir bieten ambulante Dienste an und ein Teil kann vielleicht heraußen leben, wenn es billiger ist, das ist gemeint mit diesen gewachsenen Strukturen. Und das mit Vorarlberg, was ich vorher erzählt habe, ist eine dieser gewachsenen Strukturen. Dann steht auch hier noch: *„Die Einrichtung von Gesundheits- und Sozialsprengeln seien zielführend, in denen mobile sowie soziale Dienste teilstationär angeboten werden."* Man könnte sagen: Wir übernehmen dieses traditionelle Wort und unterlaufen es durch neue Standards und Inhalte. Z.T. wird es auch vielleicht erreichbar sein, aber ich habe immer noch die Befürchtung, Sozialsprengel heißt ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe mit minimalen Geldbeträgen. Das sind jetzt nur einige wenige Beispiele aus dem Bericht des Ministers.

Eventuell wird man mir jetzt im Ministerium vorwerfen, daß das wieder so extrem ist, und daß man vorsichtig sein soll und in Schritten denken muß, eigentlich wollen alle das gleiche wie wir und, daß auch einzelne Politiker ansatzweise begriffen haben, was wir wollen. Trotzdem: Dieser Sachzwang des Systems ist sehr gegen uns und dann kommen in die Berichte wieder solche Formulierungen hinein, die uns das Wasser völlig abgraben. Unter Umständen passiert uns das, wie mit dem Minister Dallinger, daß wir dann da stehen und letzten Endes im einzelnen sehr wenig erreicht haben. Zu den Heimstrukturen möchte ich noch kurz ergänzen: Wir führen wirklich einen langen Kampf, daß das mit den Heimstrukturen überhaupt hinauskommt. Heimgrößen für 50-100 Personen sind keine Alternativen zu den jetzigen Heimen, sondern bedeuten die Fortführung der jetzigen Heime. Wenn wir überhaupt von stationärer Pflege reden, dann müssen wir von Wohngruppenpflege reden, für 5-6 Personen in einer Wohngruppe, da könnte man noch reden, wie das zu organisieren ist. Wir haben auch gestern gemeinsam am Tisch geredet, ob nicht auch das schon zu große Organisationen sind und man eher sagen sollte, man sollte über die Bezahlung der Betroffenen Hilfen geben, daß sie selbst Wohnungen anmieten können, und dann ohne Träger, nicht Caritas, nicht Wohlfahrtshilfe oder wen auch immer. Ich lasse es jetzt. Ich hoffe, ich habe ein bißchen andeuten können, zwischen welcher deprimierenden Vielfalt von Interessen wir uns bei Verhandlungen oft bewegen müssen und wie sehr uns Punkt für Punkt wieder etwas abgehandelt wird, wenn wir versuchen, einen autonomen Standpunkt zu entwickeln und daß Begegnungen wie diese für uns bitter notwendig sind, uns immer wieder aufzurichten, um auch unter uns wieder Ziele zu finden, um wieder klarer zu sehen.

(Im Frühjahr 1990 überarbeitet)

Anmerkungen:

(1) Ich vermute, daß die Verabschiedung des KOVG mit ungefähr bedarfsgerechten Pflegegeldern aus der damaligen politischen Situation heraus erklärbar ist – die Kriegsopfer hatten eine wichtige politische Stellung und Funktion – und nicht der oben genannten Darstellung widerspricht.

(2) FORSTER, Rudolf/Volker SCHÖNWIESE (Hrsg.): Behindertenalltag. Wie man behindert wird. Verlag Jugend und Volk, Wien 1982. Das Buch ist leider seit langer Zeit vollständig vergriffen.

grüne
bücher

E 12

SELBSTBESTIMMT LEBEN DURCH PERSÖNLICHE ASSISTENZ

Bericht vom Kongreß am 6. und 7. Oktober 1989 in Wien